



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Druck und Medien e.V.

Stand vom 04.07.2025 15:33:43 bis 29.09.2025 16:45:13

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004690
Ersteintrag:	30.05.2022
Letzte Änderung:	04.07.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Markgrafenstraße 15 10969 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49302091390 E-Mail-Adressen: info@bvdm-online.de Webseiten: <u>www.bvdm-online.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

80.001 bis 90.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,52

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Wolfgang Poppen**
Funktion: Präsident
2. **Sönke Boyens**
Funktion: Vizepräsident
3. **Dr.-Ing Steffen Leistner**
Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. **Sabine Dresbach**
2. **Silke Leicht-Sobbe**
3. **Maximilian Neumann**
4. **Frank Fischer**
5. **Harry Belz**
6. **Mathias Stanke**
7. **Julia Rohmann**
8. **Anna Lutz**
9. **Wolfgang Poppen**

Gesamtzahl der Mitglieder:

8 Mitglieder am 12.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (16):

1. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
2. Forschungsinstitut für Medientechnologien e.V. (Fogra)
3. Arbeitsgemeinschaft Graphische Papiere (Agrapa)
4. Internationale Gutenberg-Gesellschaft
5. ifo Institut, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
6. Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft ZAW e.V.
7. Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt/Main
8. Zentral-Fachausschuss Berufsbildung Druck und Medien (ZFA)
9. Lehrerarbeitsgemeinschaft Medien e.V.
10. Initiative Online Print e.V.
11. Deutscher Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität e.V.
12. Gesellschaft zur Förderung der Druckkunst Leipzig e.V.
13. Unternehmerverband Deutsches Handwerk (UDH)
14. INTERGRAF Europäische Föderation für Print- und digitale Kommunikation, Brüssel
15. Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V.
16. Initiative pro AGB-Recht

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (25):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; EU-Gesetzgebung; Kultur; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Massenmedien; Meinungs- und Pressefreiheit; Werbung; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Rechtspolitik; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Verwaltungstransparenz/Open Government; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Handwerk; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Druck- und Medienindustrie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband Druck und Medien e. V. (BVDM) ist der Spitzenverband der deutschen Druckindustrie und vertritt die Positionen und Ziele der Druckindustrie. Getragen wird der BVDM von acht regionalen Verbänden, in denen die Druck- und Medienunternehmen als Mitglieder organisiert sind. Der BVDM kooperiert innerhalb seines Netzwerks mit nationalen und internationalen Verbänden und Organisationen.

Der BVDM unterstützt die deutsche Druckindustrie insbesondere in den Bereichen Tarifpolitik, Wirtschaftspolitik, Arbeitsrecht, Bildung und Umwelt. Hierzu zählt auch der Abschluss von Tarifverträgen. In Gremien, Fachausschüssen und Expertenrunden werden dazu Handlungsfelder definiert und entsprechende Maßnahmen durch den bvdm oder in enger Abstimmung mit dem Verband umgesetzt.

Die Interessenvertretung des BVDM erfolgt unter anderem durch Erstellung und Versand von Positionspapieren, Stellungnahmen und Briefen mit politischen Anliegen zu unterschiedlichen politischen Themen, weiterhin z.B. durch Fachveranstaltungen, Tagungen sowie Fachgespräche mit Politikern und Ministeriumsmitarbeitern.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Richtlinie über Umweltaussagen: Verhinderung eines Vorab-Zertifizierungsverfahrens in Bezug auf Umweltaussagen

Beschreibung:

Es soll darauf hingewirkt werden, dass keine Vorab-Zertifizierungsverfahren in Bezug auf Umweltaussagen eingeführt werden.

Interessenbereiche:

Stellungnahmen/Gutachten (7):

1. [SG2503310113](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2503310115](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. [SG2503310120](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. [SG2503310121](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

5. [SG2503310122](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **SG2503310123** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

7. **SG2506300191** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

2. **EU-Richtlinie zur Schaffung eines Unionskodexes für Humanarzneimittel: Keine
Abschaffung gedruckter Packungsbeilagen für Humanarzneimittel**

Beschreibung:

Es soll darauf hingewirkt werden, dass die Hersteller von Humanarzneimittel diese wie
bisher mit einer gedruckten Packungsbeilage versehen müssen und sich künftig nicht nur
auf elektronische Produktinformationen beschränken dürfen.

Betroffenes geltendes Recht:

AMG 1976 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und
Informationstechnik" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Druck- und
Medienindustrie

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2407040005** (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.05.2024 an:

Bundesregierung

2. SG2412180147 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. SG2503310127 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.01.2025 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. SG2503310136 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. **Bürokratieentlastung: Konsequenter Bürokratieabbau für Unternehmen, insbesondere für KMU**

Beschreibung:

Es soll darauf hingewirkt werden, dass die bürokratische Belastung von Unternehmen abgebaut und keine weitere aufgebaut wird. Insbesondere soll darauf hingewirkt werden, dass Schriftformerfordernisse im Arbeitsrecht, auch über das Nachweisgesetz hinaus, durch ein Textformerfordernis ersetzt werden, um die Digitalisierung voranzubringen. Zudem soll darauf hingewirkt werden, dass sämtliche Gesetzesvorhaben einem KMU-Check unterzogen werden, um kleine und mittlere Betriebe vor zusätzlicher bürokratischer Belastung zu schützen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

HGB [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; BGBEG [alle RV hierzu]; NachwG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

4. Keine Einführung eines pauschalen Werbeverbots für Kinderlebensmittel**Beschreibung:**

Es soll darauf hingewirkt werden, dass statt eines pauschalen Werbeverbots für Kinderlebensmittel ein klar umgrenztes Werbeverbot für an Kinder gerichtete Werbung und in Formaten für Kinder eingeführt wird, um das Ziel zu erreichen, Übergewicht bei Kindern zu reduzieren.

Interessenbereiche:

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]; Druck- und Medienindustrie

5. Briefkastenwerbung: Beibehaltung des opt-out-Verfahrens bei Briefkastenwerbung**Beschreibung:**

Es soll darauf hingewirkt werden, dass das bestehende opt-out-Verfahren bei Briefkastenwerbung nicht durch ein opt-in-Verfahren ersetzt wird.

Interessenbereiche:

Kultur [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]; Druck- und Medienindustrie

6. EU-Entwaldungsverordnung (EUDR): Verschiebung und Entschärfung der EUDR; Gesetzentwurf zur Durchführung der EUDR grundlegend überarbeiten**Beschreibung:**

Es soll darauf hingewirkt werden, dass die EU-Entwaldungsverordnung entschärft und die Anwendung um mindestens ein Jahr verschoben wird. Zudem soll darauf hingewirkt werden, dass der Gesetzentwurf zur Durchführung der EUDR grundlegend überarbeitet wird.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der EU-Verordnung über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, auf dem Unionsmarkt und ihre Ausfuhr aus der Union sowie zur Änderung des Holzhandels-Sicherungs-Gesetzes (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 24.10.2024

Federführendes Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. SG2409300218 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2409300219 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. SG2412170089 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. SG2506300180 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

7. **Justizstandort-Stärkungsgesetz: Beibehaltung der §§ 305ff. BGB in der aktuell geltenden Fassung**

Beschreibung:

Beibehaltung der §§ 305ff. BGB, insbesondere des Schutzes vor unangemessen benachteiligenden Bestimmungen in Verträgen der Realwirtschaft und der AGB-Inhaltskontrolle. Verhinderung der Schaffung von Bereichsausnahmen hinsichtlich der Anwendung der §§ 305ff. BGB für Verträge in der Realwirtschaft.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8649 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit - (Justizstandort-Stärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: [BMJ \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[BGB](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#);

Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406270165](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

8. **Keine Abminderung bestehender AGB-rechtlicher Standards: Beibehaltung der §§ 305ff. BGB in aktuell geltender Fassung**

Beschreibung:

Beibehaltung der §§ 305ff. BGB, insbesondere hinsichtlich der AGB-Inhaltskontrolle im B2B-Bereich und bezüglich des Schutzes vor unangemessen benachteiligenden Bestimmungen in Verträgen im unternehmerischen Geschäftsverkehr unter besonderer Berücksichtigung von KMU. Verhinderung der Schaffung von Bereichsausnahmen hinsichtlich der Anwendung der §§ 305ff. BGB für Verträge in der Realwirtschaft.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu];

Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270166 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. 1:1-Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/825 (Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel) in das deutsche Recht

Beschreibung:

Umsetzung der EU-Richtlinie ohne unnötige Verschärfungen (Gold Plating), die deutsche Unternehmen belasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit mindern. Umweltangaben sind zu einem Wettbewerbsfaktor geworden. Es sollen sinnvolle Regelungen unterstützt werden, die verhindern, dass sich unlauter agierende Unternehmen mittels irreführender werblicher Umweltaussagen („Greenwashing“) einen Vorteil verschaffen. Das UWG setzt hierfür bereits seit Jahrzehnten effektive Vorgaben in Bezug auf unlautere Geschäftspraktiken.

Verschärfungen sind nicht notwendig. Die verpflichtende Umsetzung der EU-Richtlinie ins UWG muss daher möglichst 1:1 erfolgen, um zusätzliche bürokratische Hürden und Kosten für deutsche Unternehmen zu vermeiden.

Referentenentwurf:

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 09.12.2024

Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

UWG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503310142 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

40.001 bis 50.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.550.001 bis 1.560.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. Verband Druck und Medien Nord-West e.V.
2. Verband Druck und Medien Bayern e.V.
3. Verband Druck und Medien in Baden-Württemberg e.V.
4. Verband Druck und Medien NordOst e.V.

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Jahresabschluss_BVDM_2024.pdf